

**NZZ Podium vom 7. Oktober 2010**  
**Pulverfass Mittlerer Osten – Iran als Schlüsselfaktor**

*Von Ulrich Tilgner, Journalist, Auslandskorrespondent SF 1*

Vollgepackter kann ein Thema mit Fragestellungen kaum noch sein. Zuerst einmal möchte ich mich bei den Veranstaltern bedanken, mit dem Begriff «Mittlerer Osten» den geografischen Raum abgesteckt zu haben, der – in meinen Augen – der einzig angemessene ist, um eine Art Gesamtschau möglich zu machen, auch wenn er sich in den Ländern Mitteleuropas noch nicht eingebürgert hat.

Auf diese Gesamtschau werde ich einen grossen Teil meiner Zeit verwenden, denn ich bin kein Anhänger der These, dass der Konflikt zwischen Israeli und Palästinensern den Kernkonflikt der gesamten Region bildet. Zwar stand er in gewissen Phasen der jüngeren Geschichte im Vordergrund, doch die Konfliktlinien im Orient sind fluktuierend, und spätestens seit der islamischen Revolution und dem iranisch-irakischen Krieg – also seit dem Ende der siebziger Jahre – ist der klassische Nahost-Konflikt in den Hintergrund getreten. Immer mehr Beobachter sehen heute in der Golfregion den eigentlichen Krisenherd des Mittleren Ostens.

Deshalb lässt sich der Begriff Pulverfass auch variieren durch ein anderes Bild als Sprengstoff in einem Behälter. Ich denke eher an Luntens an Ölfässern oder besser an Ölfeldern. Aber nach meiner Auffassung wird nicht Krieg um Öl geführt. Sicherlich ist die Bereitschaft, Krieg zu führen, in der Region so gross, weil der Mittlere Osten über zwei Drittel der Weltölvorräte verfügt.

Die USA und China, die selbst nur 2,1 bzw. 1,1 Prozent der Weltölvorräte besitzen, konsumieren zusammen das Zehnfache – also 32 Prozent des Weltbedarfs. Ihr Anteil am Weltbedarf wird wachsen und damit auch ihr Interesse an den Entwicklungen in der Region. Dennoch glaube ich nicht, dass mit der Formel «Krieg um Öl» das militärische Vorgehen der USA erklärt werden kann. Öl bildet nur einen Faktor eines Motivationsbündels, das zum Beispiel auch zunehmend durch geopolitische Rivalitäten beeinflusst wird.

Doch hätte die Region nicht diese gewaltigen Ölvorräte, so würden dort nicht so viele Kriege geführt und würden Kriege nicht derart grosse globale Implikationen mit sich bringen.

In diesem Kontext interessiert, ob dem Iran wirklich ein Schlüsselfaktor für die Entwicklung der Region zukommt. Ich bejahe diese Frage ausdrücklich. Doch halte ich es für einseitig, in Iran den entscheidenden Akteur oder die treibende Kraft bei den sich zuspitzenden Konflikten zu sehen. Denn die Politik der Islamischen Republik entwickelt sich auch als Ergebnis westlichen – und dabei vor allem US-amerikanischen – Vorgehens in der Region. Heute reicht die Zeit nicht, um die Eskalation der diplomatischen und politischen Konflikte um das iranische Atomprogramm im Detail zu zeigen. Ich werde

später auf die Sprengkraft der Konfrontation zwischen den Staaten des Westens und dem Iran weiter eingehen.

Die zentrale Bedeutung Irans für die Region wird zunehmen, da sich eine gewisse Beruhigung im Irak, wahrscheinlich auch in Afghanistan und sogar im sogenannten Krieg gegen den Terror abzeichnet und das Land von den Veränderungen der vergangenen Jahre profitiert. Damit verfügen die USA tendenziell wieder über einen grösseren militärischen Spielraum:

Es ist den USA geglückt, den Irak-Krieg auf einen Schmelbrand zu reduzieren. Dabei wäre es übereilt, den Abzug der Kampftruppen im Sommer 2010 als Ende der US-Intervention im Irak zu werten oder die politischen Probleme des Iraks bereits für gelöst zu halten. 50 000 US-Soldaten bilden einsatzfähige Verbände, denen im Lande stationierte private US-Spezialkommandos hinzuzurechnen sind, die nicht direkt den US-Streitkräften angehören. Das Pentagon hat seit Jahren Aufgaben, die früher von Einheiten der Streitkräfte ausgeführt wurden, ausgegliedert und privatisiert.

So wurden parallel zum Abzug der Kampftruppen Mitarbeiter privater Firmen mit Spezialaufgaben betraut. Und deren Kampf gegen al-Kaida-Kommandos kann natürlich aus den USA besser gelenkt oder kommandiert werden, wenn weiter 50 000 Soldaten stationiert sind. Der Rückzug von Verbänden der amerikanischen Streitkräfte aus dem Irak bleibt langfristig möglich, weil der Irak bei den zu erwartenden stetig steigenden Ölexporten über genügend finanzielle Möglichkeiten verfügen wird, um einen Sicherheitsapparat zu finanzieren, von dem Saddam Hussein nur träumen konnte. Da die US-Botschaft in Bagdad als grösste im Mittleren Osten über Nabelschnur-ähnliche Verbindungen zu allen Zentren der Macht im Irak verfügt, kann langfristig die Möglichkeit eines gewissen Einflusses auf die Politik des Iraks als gesichert gelten, die den auf Saudiarabien noch übersteigt.

Der Krieg in Afghanistan steuert auf einen wie auch immer gearteten Kompromiss hin, denn den Akteuren fehlt die Kraft, die Auseinandersetzung langfristig militärisch weiterzuführen. Für die USA ist die Entwicklung trotz allen optimistischen Meldungen ihres neuen Oberkommandeurs David Petraeus weiter völlig unbefriedigend. Zwar hat die Stationierung der zusätzlichen 30 000 Soldaten die Lage in einigen Städten und in den schon bisher von US-Einheiten kontrollierten Regionen etwas stabilisiert, doch die Taliban und andere Aufstandsgruppen dominieren weiterhin grosse Teile der ländlichen Regionen Afghanistans. Den ausländischen Soldaten wird es auf absehbare Zeit weder gelingen, die 50 000 Dörfer des Landes zu kontrollieren, noch einen Sicherheitsapparat für die Regierung in Kabul zu schaffen, mit dem die abgelegenen und von Paschtunen bewohnten Regionen befriedet werden können. Die kommenden Monate werden zeigen, welche Art von Kompromiss die USA und die afghanische Regierung mit den Aufstandsgruppen anstreben. Dabei muss sich erst erweisen, ob Präsident Hamid Karsai stark genug ist, erfolgreich zu verhandeln und Kompromisse zu erzielen, die von den USA akzeptiert werden.

Sollte es keine gesamtafghanische Lösung geben, könnten die USA eine Aufteilung des Landes in Einflusszonen akzeptieren. Schon jetzt bauen die US-Streitkräfte ihre Positionen im Westen des Landes nahe der iranischen Grenze und in bisher von den deutschen Einheiten kontrollierten Regionen Nordafghanistans ständig aus. Damit verstärken die USA ihre Ausgangspositionen für eine längerfristige Stationierung von Militärverbänden, die auch für die diplomatische oder militärische Auseinandersetzung mit Iran, zur Beeinflussung der Staaten Zentralasiens und zur Begrenzung des Einflusses Chinas in der Region genutzt werden können. Ein Ende im eigentlichen Afghanistan-Krieg wird vorstellbar. Der Einsatz der Truppen am Hindukusch könnte seine Sprengkraft für die Amtsführung von US-Präsident Obama verlieren.

Der Krieg gegen al-Kaida wird bei diesen Entwicklungen von dem militärischen Eingreifen der Truppen im Irak und in Afghanistan abgekoppelt. Schon seit Beginn der Präsidentschaft Obamas werden Angriffe auf vermeintliche Kommandos der Terrororganisation von Spezialeinheiten geführt, die weitgehend oder meist völlig getrennt von den im Irak und in Afghanistan stationierten Verbänden operieren. Diese Entwicklung korrespondiert mit einer Ausweitung militärischer Operationen auf die unterschiedlichsten Länder im Mittleren Osten, in anderen Teilen Asiens und in Staaten Afrikas, der die völkerrechtliche Legitimation weitgehend fehlt.

Auch für die Terroristen sind der Irak und Afghanistan nicht mehr von zentralem Interesse. Somalia, Jemen und die Wüsten Nordafrikas werden als Rückzugs- und Trainingsgebiete genutzt. Al-Kaida bleibt gefährlich – doch nicht militärische Angriffe, sondern die globale wirtschaftliche Entwicklung und die kulturellen Veränderungen im Mittleren Osten werden langfristig zum Scheitern der Terrororganisation in den von Muslimen bewohnten Teilen der Welt führen.

Der Versuch, die Perspektiven der drei grossen militärischen Konflikte der USA zu skizzieren, erscheint mir notwendig, um die Politik der USA gegenüber dem Iran bzw. die Entwicklung des Atomkonfliktes zwischen dem Westen und der Islamischen Republik als Schlüsselfaktor für die Entwicklung des Mittleren Ostens verstehen zu können. Iran wird mehr und mehr ins Blickfeld der Auseinandersetzungen geraten. Eine militärische Eskalation des Konfliktes könnte die Ölfässer zur Explosion bringen, den Mittleren Osten wieder destabilisieren, die Weltwirtschaft erschüttern und die Entwicklung der gesamten Golfregion und sogar der gesamten Welt nachhaltig verändern. Deshalb wird die US-Regierung alles daran setzen, dass ein Angriff auf Iran sich nicht zu einem vierten Krieg entwickelt, wobei auch ein begrenzter Angriff genau dazu führen kann.

An diesem Punkt möchte ich das Thema etwas erweitern: Meiner Auffassung nach wäre es vereinfacht, allein in Iran den Schlüsselfaktor für die Entwicklung der Region zu sehen, vielmehr bilden die Beziehungen zwischen Iran und den USA bzw. ihre weitere Entwicklung diesen Faktor. Denn, wenn es im Mittleren Osten einen neuen militärischen Konflikt gibt, dann, weil die USA den Iran angreifen, da ich es für unwahrscheinlich halte,

dass Israel versuchen wird, die iranischen Atomanlagen zu zerstören – dazu später einige Bemerkungen.

Eine militärische Eskalation droht, weil den USA und Iran bis heute die politische Kraft fehlt, ihre Differenzen diplomatisch beizulegen. Für einen Angriff der USA sprechen auch deren systematische politische und militärische Vorbereitungen. Die US-Streitkräfte verfeinern ihren Plan für ein militärisches Vorgehen gegen Iran. Die unaufgeregte Art, in der Generalstabschef Admiral Mike Mullen diesen Plan vor zwei Monaten erwähnte, ist ein Indiz für das fortgeschrittene Stadium der Vorbereitungen. Auch die Entwicklungen auf der arabischen Seite des Persischen Golfes, zu denen die massive Behinderung der schiitischen Opposition bei den Wahlen in Bahrain, die grössten Waffenlieferungen in der Geschichte der Menschheit von den USA an Saudiarabien und der dramatische Ausbau der Infrastruktur des Königreichs an der Küste des Roten Meeres gehören, sind ein Indiz dafür, wie weit die Planungen fortgeschritten sind.

Wie ernst die USA den Angriff vorbereiten, wird auch dadurch deutlich, dass Verhandlungen über eine finanzielle Beteiligung mit arabischen Golfstaaten geführt werden. Auch 1991 haben diese Staaten einen Teil der Kosten für den Einsatz der US-Streitkräfte im Kuwait-Krieg übernommen, da sie ein Interesse an der Vertreibung der irakischen Truppen aus Kuwait und der Schwächung des Iraks hatten.

In Iran laufen die Vorbereitungen auf einen möglichen Angriff und einen für diesen Fall angekündigten Krieg. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht mit militärischen Gegenschlägen für den Fall eines Angriffs gedroht wird. Unterschiedliche Politiker der zerstrittenen iranischen Führung haben wiederholt erklärt, ein Krieg werde vor allem ausserhalb des Landes geführt.

Dabei wissen die Kommandeure der iranischen Streitkräfte genau, wie begrenzt die eigenen Möglichkeiten in einer Auseinandersetzung mit den USA sind. Die mit grossem Propagandaaufwand inszenierten Meldungen der Rüstungsindustrie der Islamischen Republik dürfen nicht überbewertet werden. Ein Vergleich der Rüstungsausgaben der beiden Staaten spricht eine deutliche Sprache. Dem neusten SIPRI-Jahrbuch (Stockholm International Peace Research Institute) gemäss betragen die Ausgaben der USA für den sogenannten Verteidigungsbereich 663 Milliarden US-Dollar, die Irans 9,2 Milliarden US-Dollar, also etwa 1,4 Prozent der Ausgaben der USA. Diese Zahlen mögen zwar US-Planer beruhigen und ihre Überzeugung nähren, ein Krieg gegen Iran sei mit Erfolg führbar, sie sollten jedoch aufs Äusserste beunruhigen.

Der Glaube an die Erfolgchancen einer militärischen Option bildet das schleichende Gift, das zur Entdiplomatisierung der Konfliktlösungen führt, und nährt gleichzeitig auf der Gegenseite die Bemühungen, ein Gegengift vorzubereiten. Da Militärs und Politikern in Iran die waffentechnologische Unterlegenheit bewusst ist, dürfte in einer asymmetrischen Kriegsführung die einzige Chance gesehen werden.

Sicherlich sind sich die Planer in den USA der Gefahr einer solchen Eskalation bewusst. Strategen bieten unterschiedliche Phasen in einem militärischen Konflikt an, um Iran

durch die Androhung weiterer Angriffswellen von einer militärischen Antwort auf einen ersten Angriff zum Beispiel auf Atomanlagen abzuhalten.

Doch ich halte es für unwahrscheinlich, dass die iranische Führung nach US-Luftangriffen überhaupt nicht militärisch reagiert.

Die Logik dieser Art militärischen Eskalationsdenkens dürfte zunehmenden Einfluss auf die politischen Planungen der US-Administration gewinnen, wenn Iran trotz der Politik von Drohungen und Sanktionen in der Atomfrage nicht einlenkt. Diese Art militärischen Denkens, bei dem zuerst Angriffspotenziale geschaffen werden, um mit Drohungen ein politisches Ziel zu erreichen, bei dem weitere Eskalationsstufen militärischer Angriffe genutzt werden, um militärische Gegenwehr nach dem Erstangriff zu unterbinden, macht Krieg scheinbar zu einem probaten Mittel der Politik. Ein Angriff wird vorstellbar, insbesondere wenn damit ein Angriff Israels auf iranische Atomanlagen «verhindert» werden kann.

Die US-Regierung steht ja unter enormem Erfolgsdruck in der Atompolitik gegenüber Iran, weil es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis Israel angreift. Nur fehlen den israelischen Streitkräften die Mittel, einen Krieg mit Iran stufenweise zu eskalieren, und der Einsatz von Atomwaffen wird bereits in einem frühen Stadium militärischer Eskalation vorstellbar.

Die militärischen Vorbereitungen laufen, im Vergleich dazu verkümmern die Bemühungen um eine diplomatische Lösung des Konfliktes.

Am Beispiel des Vorgehens von US-Präsident Barack Obama lässt sich zeigen, wo die Probleme liegen. Am 21. März vergangenen Jahres hat er in einem aufsehenerregenden Appell an die Iraner versucht, politisches Eis zu brechen. Faktisch ist seither die Dicke des Eises nur gewachsen. Im Jahr zuvor hatte bereits ein von Obama nach seinem Amtsantritt ins Pentagon berufener Wissenschaftler dazu geraten, dass der neugewählte US-Präsident eine politische Initiative starten solle, um den Druck auf Iran zu erhöhen, in der Atomfrage einzulenken. Diese Initiative galt diesem Planer aber bereits als integraler Bestandteil eines Konzeptes, in dessen Zentrum die militärischen Vorbereitungen stehen.

Auch Iran hat in den vergangenen Jahren nur halbherzige Versuche unternommen, den Konflikt auf dem Verhandlungswege zu lösen. Die Genfer Verhandlungen von Ende Oktober vergangenen Jahres belegen das. In der Schweiz handelte die iranische Delegation mit der IAEA den Export schwachangereicherten Urans aus, um es höher angereichert in Brennstäben zurückzuerhalten. Die USA und Russland hatten bereits in Genf ihre Zustimmung signalisiert, doch die politische Führung in Teheran verwarf das Abkommen, das auch von Teilen der iranischen Opposition abgelehnt wurde.

Präsident Mahmoud Ahmadinejad strebt ein Abkommen mit den USA an und ist auch weiterhin bereit, ein solches zu schliessen. Für ihn könnte es den Durchbruch im

Teheraner Machtkampf bringen. Denn einerseits konnte Ahmadinejad bis heute nur Präsident bleiben, weil Revolutionsführer Khamenei nach den Wahlen im vergangenen Jahr trotz der gewaltigen Proteste ihn gestützt hat, andererseits zeichnet sich aber zwischen ihm und Ahmadinejad eine Art Entscheidungsschlacht um die Führung Irans ab. Ahmadinejad hat genau wie Revolutionsführer Khamenei bedeutende Positionen in Wirtschaft und Gesellschaft mit seinen Anhängern besetzt.

Im Mai dieses Jahres einigten sich Iran, Brasilien und die Türkei auf einen mit der Vereinbarung von Genf vergleichbaren Mechanismus, iranisches Uran im Ausland anzureichern. Obwohl US-Präsident Obama seinem brasilianischen Amtskollegen 27 Tage zuvor die Unterstützung für ein solches Abkommen zugesichert hatte, lehnten die USA bereits wenige Stunden nach der Teheraner Übereinkunft das Ergebnis ab, obwohl die wichtigsten von Obama geforderten Punkte erfüllt waren.

Diese Beispiele zeigen, wie festgefahren die diplomatischen Bemühungen sind. Gleichzeitig besteht auch weiterhin die Chance auf eine Einigung auf eine politische Lösung, insbesondere weil der Westen seine Politik gegenüber Iran praktisch auf die Atomfrage reduziert hat, indem z. B. die Frage der Menschenrechte in den Hintergrund gerückt wurde.

Aber diese Politik von Druck und Sanktionen (Zuckerbrot und Peitsche – selbst einer «big-carrot/big-stick diplomacy») funktioniert nicht, da die Elemente des Zuckerbrotes praktisch nicht existieren. So haben bereits die Vertreter der EU bei den ab 2003 mit Iran geführten Verhandlungen keine wirklichen Gegenleistungen für die Begrenzung des Ausbaus der iranischen Atomtechnologie angeboten. Obwohl Iran sein militärisches Atomprogramm nach dem und wahrscheinlich auch wegen des Sturzes von Saddam Hussein einstellte, erfolgte das europäische Zuckerbrot erst nach der Wahl des iranischen Präsidenten Ahmadinejad. Dass nahezu alle namhaften politischen Forschungsinstitute den Zusammenhang bei der Entwicklung des iranischen Atomprogramms mit dem Irak ausblenden, zeigt die tendenzielle Parteilichkeit dieser Institutionen genauso wie deren seit Jahren abgegebene Prognosen für den Zeitpunkt, zu dem Iran in der Lage ist, eine Atombombe zu bauen oder gar einzusetzen.

Mit ihren Sanktionen, die weit über den vom Weltsicherheitsrat gesetzten Rahmen hinausgehen, wollen die USA und die EU ein Einlenken Irans erzwingen. Doch auch diese Politik macht die militärische Eskalation wahrscheinlicher, da die Islamische Republik mit ihren hohen Öleinnahmen mittelfristig den Sanktionen standhalten dürfte, selbst wenn deren Auswirkungen spürbarer werden. Irans Abgleiten nach Osten wird an der dramatischen Ausweitung der Handelsbeziehungen mit China deutlich. Auch Irans Agieren in den «Grauzonen» des Weltmarktes dürfte sich dramatisch verstärken. Wenn das Land mit den drittgrössten Öl- und den zweitgrössten Gasreserven für Firmen westlicher Staaten nicht mehr zugänglich ist, dürfte sich das Interesse an einer militärischen Korrektur dieser Entwicklung weiter vergrössern.

Bleibt die Frage nach der Rolle Israels in diesem Konfliktgefüge. Israels Gründung haben die Staaten im Mittleren Osten bis heute noch nicht grundsätzlich akzeptiert. Damit ist die Angst der Israeli um die Existenz und Unversehrtheit ihres Staates sehr berechtigt. Doch mit periodischen Kriegen oder auch Angriffen auf Ziele in Staaten der Region können zusätzliche Bedrohungen nicht abgewendet, sondern nur hinausgezögert werden. Denn auch ein Angriff auf Iran würde die Produktion einer iranischen Atombombe nicht verhindern, sondern provozieren. Nur der Zeitpunkt für den Bau dürfte herausgeschoben werden.

Zur Lösung der im Mittleren Osten bestehenden Probleme bedarf es eines dramatischen politischen Umdenkens aller Seiten. Ich bin gespannt, welche Anregungen zu diesem Komplex im weiteren Verlauf des Abends kommen werden.

Mir ist nicht möglich, zu prognostizieren, ob der Krieg gegen Iran letztlich begonnen wird. Dies werden selbst die Planer im Pentagon zurzeit nicht wissen, da der US-Präsident keinen Angriffsbefehl gegeben hat. Doch sollen Journalisten diese Möglichkeit verschweigen, um einen möglichen Krieg nicht herbeizureden? Ich meine, sie müssen die prekäre Situation beschreiben, damit der Krieg als grosse konkrete Gefahr begriffen und verhindert werden kann. Auch Journalisten müssen lernen, Gratwanderungen zu bewältigen.

Vielen Dank

(Hinweis: Gültigkeit hat das gesprochene Wort.)